



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Gewalt gegen Lehrkräfte systematisch erfassen und gezielte Interventionen sowie Präventionsmaßnahmen einleiten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, Gewalt gegen Lehrerinnen und Lehrer an allen bayerischen Schulen systematisch zu erfassen. Sie wird außerdem aufgefordert, dem Landtag jährlich über die Ergebnisse der Erfassung und über daraus hervorgegangene Präventionsmaßnahmen zu berichten.

Die Erhebung soll für die einzelnen Schularten getrennt erfolgen.

Die Fälle von Übergriffen gegen Lehrerinnen und Lehrer sind zu unterteilen in Fälle, die von

- Schülerinnen und Schülern,
- Eltern,
- Vorgesetzten bzw. Kolleginnen und Kollegen (Mobbing)

ausgehen.

Eine weitere Unterteilung soll hinsichtlich der Form von Gewalt erfolgen, und zwar in

- sprachliche Gewalt,
- physische Gewalt,
- psychische Gewalt,
- sexualisierte Gewalt,
- Cyber-Mobbing,
- Hate-Speech in sozialen Netzwerken.

Dabei ist auch zu erheben und zu berichten,

- in wie vielen Fällen Strafanzeige (mit Nennung des Anlasses) von der betroffenen Lehrkraft oder der Schulleitung erhoben worden ist,
  - in wie vielen Fällen Ordnungsmaßnahmen gegen Schülerinnen und Schüler eingeleitet worden sind,
  - in wie vielen Fällen ein Dienstunfall bzw. Arbeitsunfall an die zuständige Behörde gemeldet worden ist.
2. In Bezug auf die obigen Ergebnisse ist darzustellen, welche Maßnahmen zur Intervention ergriffen wurden und ergriffen werden können, welche den jeweiligen Fällen entsprechende Präventionsmaßnahmen eingeleitet wurden und werden können und wie und in welchem Umfang anhand der vorliegenden Zahlen vorhandene Maßnahmen und Instrumentarien ausgebaut und weiterentwickelt werden.

**Begründung:**

Jeder Fall von Gewalt gegen Staatsbedienstete ist ein Fall zu viel. Die Staatsregierung antwortete am 6. März 2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Tessa Ganser vom 15. November 2016: „Das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst hat von einer Fallzahlmeldung abgesehen, da keine entsprechenden Erhebungen und Statistiken geführt werden.“

Nach wie vor ist das Staatsministerium für Unterricht und Kultus das einzige Staatsministerium, das keine Zahlen nennt. Doch es kann nicht verborgen geblieben sein, dass es im Schulbereich seit Jahrzehnten ernstzunehmende Probleme mit Gewalt gegen das Personal gibt und dass darüber keine konkreten Informationen vorliegen. Zwar gibt es bereits Präventionsmaßnahmen und -angebote, doch neueste Umfrageergebnisse legen nahe, dass diese den tatsächlichen Bedarf nicht abdecken oder sogar daran vorbeigehen.

Eine repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) vom September 2020 zeigt, dass die Gewalt gegen Lehrkräfte seit 2018 an allen Schulformen deutschlandweit deutlich zugenommen hat. In diesem Zusammenhang fordert die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, Simone Fleischmann, eine Anerkennung des Problems von Gewalt gegen Lehrer. Auch sie fordert dazu u. a., dass das Staatsministerium selbst Zahlen erheben solle.

Um zukünftig wirksame Maßnahmen zum Schutz der Lehrkräfte und zur Verhinderung gewalttätiger Übergriffe ergreifen zu können, müssen wir deshalb zuerst den genauen Umfang und die Formen der Gewalt kennen. Nur so kann das Problem wirksam bearbeitet und den Betroffenen wirklich geholfen werden.

In der Vergangenheit verwies das Ministerium zwar auf bereits bestehende Projekte zur Gewaltprävention, es besteht jedoch keine Transparenz über ihre inhaltlich als auch fachliche Angemessenheit. Es ist Ausdruck der Wertschätzung gegenüber Lehrkräften, jeden Fall ernst zu nehmen und zu erheben. Und es ist die Verantwortung des Dienstherrn, aber auch des Landtags, sich dem Thema Gewalt gegen Lehrkräfte und der Unterstützung von betroffenen Lehrkräften auf einer gesicherten Datenbasis und mit zielgenauen Maßnahmen zu widmen.